

Bezugspreis:

Vom 30. Sept. - 3. Okt. 26 Millionen M. vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband vom 30. Septbr. - 6. Oktbr. für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Österreich u. Luxemburg 41 000 000 M., für das übrige Ausland 52 000 000 M. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wolk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Stellung und Kleingarten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 3. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 275 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositionskasse Lindenstraße 3

Anzeigen-Grundpreise:

Die einspaltige Standardzeile 400 Mark. Restzeile 2000 Mark. Kleine Anzeigen das fertige Wort 120 M. (zuletzt zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 60 M. Stängelzeile das erste Wort 60 M., jedes weitere Wort 30 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Wohnen Seite 40 M.
Alle Grundpreise mal Schriftgröße kurzzeit 50 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachm.

Ein Krisentag.

Vorstoß der Volkspartei. - Rücktritt Raumer's. - Gefährdung des Kabinetts Stresemann. - Aussicht auf Beilegung?

Durch einen Vorstoß des völksparteilichen Führers Dr. Scholz wurde gestern die Gefahr einer Regierungskrise nahegerückt. Das Reichskabinett trat um 1/10 Uhr abends zu einer Sitzung zusammen, die nach Mitternacht noch fortbauerte. Die Beratungen drehten sich vornehmlich um die bayerische Frage, um das geplante Ermächtigungsgesetz und um die Frage der Arbeitszeit. Bei Schluß des Plattes lag Grund zur Annahme vor, daß es im Kabinett zu Vereinbarungen kommen würde, die heute den Fraktionen der Regierungskoalition vorgelegt werden sollten. Nur wenn diese zustimmen, kann die Gefahr einer Regierungskrise als zunächst beschworen betrachtet werden.

Im Reichstag verlebte man gestern einen sehr aufgeregten Tag. Schon vor einer Woche war das Gerücht verbreitet worden, Stresemann und Raumer seien in der Fraktion der Deutschen Volkspartei nur mit knapper Mühe und Not einem Mißtrauensvotum entgangen; das wurde dann mit aller Entschiedenheit bestritten. Nur die sogen. Marekly-Gruppe von etwa 14 Mann arbeite gegen den Reichskanzler und sein Kabinett, die erdrückende Mehrheit stände geschlossen hinter ihm.

Es folgte der bekannte Ausruf der „Baterländischen Verbände“, der die Regierungskrise als schon vollkommen gewiß erklärte und die Bildung einer Rechtsregierung unter einem anderen Kanzler als Stresemann propagierte. Auch diese Nachricht wurde von den Führern der bürgerlichen Koalitionsparteien in das Reich der Fabel verwiesen. Besprechungen unter ihnen hätten überhaupt nicht stattgefunden, Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen seien nicht vorhanden, eine Krise bestehe nicht.

In der Führerbesprechung aber, die gestern vormittag begann, hielt der neue Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Herr Dr. Scholz, eine Rede, die störrisch wirkte und die Wellen der Erschütterung soweit verbreitete, daß zunächst ein Mitglied des Kabinetts, und zwar der völksparteiliche Reichswirtschaftsminister v. Raumer sein Portefeuille zur Verfügung stellte und der Bestand des Reichskabinetts schon als stark gefährdet erschien.

Die Fraktionen tagten den ganzen Tag. Zwischendurch wurden Führerbesprechungen der Koalitionsparteien abgehalten und über ihr Ergebnis in den Fraktionen berichtet. Die schon in die späten Abendstunden verlagte Reichstags-sitzung wurde abgesetzt. Nach einer letzten Führerbesprechung, deren Resultat zweifelhaft war, begab sich der Reichskanzler Dr. Stresemann zum Reichspräsidenten und legte für 1/10 Uhr abends eine Kabinettsitzung an, die über Sein oder Nichtsein der Regierung entscheiden sollte.

Zunächst erhebt sich die Frage, was hat Herr Dr. Scholz gesagt, was hat er gemeint und was hat er gewollt? Diese Frage wird lebhaft umstritten. Wir können darum zunächst nur darüber berichten, was die bei der Besprechung anwesenden Sozialdemokraten gehört und verstanden haben. Nach ihrem Wahrnehmungsvermögen hat Herr Dr. Scholz die Aufnahme von Deutschnationalen in die Regierung verlangt, hat er gegen den Achtstundentag Sturm gelaufen und hat er erklärt, daß seine Fraktion ihre Zustimmung zu dem geplanten Ermächtigungsgesetz von personellen Veränderungen im Reichskabinett abhängig mache. Bei näheren Sondierungen stellte sich heraus, daß damit der Reichswirtschaftsminister, der Reichsfinanzminister und eventuell auch der Reichsernährungsminister gemeint seien, deren Rücktritt verlangt werde.

Die sozialdemokratischen Vertreter sagten, daß für sie die Hinzuziehung der Deutschnationalen und die Beilegung des Achtstundentages nicht in Frage käme, und daß sie ein Ermächtigungsgesetz - das die Regierung berechtigt, Verordnungen mit Gesetzeskraft ohne vorherige Zustimmung des Reichstags zu erlassen - auf das finanzielle Gebiet beschränken, das wirtschaftliche und sozialpolitische Gebiet aber in der Sphäre der normalen Gesetzgebung belassen wollten. Das Ermächtigungsgesetz soll, nebenbei gesagt, bis zum 31. März 1924 laufen, so daß auch eine spätere Regierung, in der die Sozialdemokratie nicht vertreten wäre, Verordnungen mit Gesetzeskraft in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Angelegenheiten hätte erlassen können.

So gehört und so verstanden konnte die Rede des Herrn Dr. Scholz nur einen politischen Sinn haben: Ründi-

gung der großen Koalition, Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung, Bildung einer Rechtsregierung unter deutschnationaler Führung. Später ist von Herrn Dr. Scholz und seiner Fraktion gesagt worden, daß die Rede diesen Sinn keineswegs gehabt habe. Es wurde eine ganze Reihe von einschränkenden Interpretationen vorgenommen, trotzdem blieb von der Erklärung des Herrn Dr. Scholz soviel Grund zu Meinungsdivergenzen übrig, daß auch die Führerbesprechung am Abend darüber nicht hinwegkommen konnte und eine Kabinettsitzung angelegt wurde, um noch einen letzten Versuch zur Beilegung der Schwierigkeiten zu machen.

In der Frage der Arbeitszeit bestehen auch zwischen den bürgerlichen Parteien selbst Meinungsverschiedenheiten. Im Zentrum steuert man auf den sogenannten „sanitären Arbeitstag“ zu, während die Volkspartei für wichtige Produktionszweige zur Arbeitszeit, wie sie vor dem Kriege bestand, zurückkehren will.

Meinungsverschiedenheiten gibt es innerhalb der bürgerlichen Parteien auch in der bayerischen Frage. Hier scheint der Miß durch sie alle hindurchzugehen. Während ein Teil mit der Sozialdemokratie der Meinung ist, daß zur Wiederherstellung der Reichsautorität ein entschlossener, sich steigender Druck anzulegen sei, wünscht ein anderer mildere Saiten aufzuziehen, ein dritter steht scheinbar dem Kahr-Regiment nicht ohne stille Sympathie gegenüber.

Meinungsverschiedenheiten bestehen ferner innerhalb der bürgerlichen Parteien über das Vorgehen des Herrn Dr. Scholz und das Verhalten der Deutschen Volkspartei. Es gibt hier Leute, die meinen, noch nie sei in gefährlichster Zeit und überflüssigster Weise eine Krise heraufbeschworen worden. Zentrum und Demokraten haben sich für die Beibehaltung der großen Koalition ausgesprochen. Die Mehrheit dieser Parteien versteht nicht, daß man ein Regierungssystem gefährden konnte, nach dem sich gerade die bürgerlichen Parteien als nach dem letzten Rettungsweg die Kehle heiser gerufen hatten.

Die Sache steht also nicht so, daß die Parteien der bürgerlichen Mitte aus Ueberlegung und mit Absicht auf eine Regierungskrise und auf die Bildung einer Rechtsregierung hinführten. Das ist nicht einmal bei der Deutschen Volkspartei der Fall. Dagegen kann man die Situation richtig vielleicht am besten so charakterisieren. Die gegen die große Koalition gerichteten Manöver der Rechten haben die Volkspartei auf den halben Weg zwischen der großen Koalition und der Rechtsregierung getrieben. Die Volkspartei hat sich soweit drängen lassen ohne den Entschluß, auch bis zum Ende zu gehen und ohne sich der Gefolgschaft der beiden anderen Parteien versichert zu haben, mit denen sie sich zur „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ verbunden hat.

Das wird hier gesagt, nicht nur um die Dinge besser zu machen, als sie sind, sondern um zu zeigen, daß die Gefahr noch größer ist, als man es sich vielleicht vorstellt. Denn die bürgerliche Regierung unter deutschnationaler Führung ist noch nicht das Allerschlimmste, das Allerschlimmste ist ein Zustand, bei dem es überhaupt keine Regierung mehr gibt. Indem Herr v. Scholz den Bestand der gegenwärtigen Regierung gefährdete, ohne den Plan und die Absicht, eine andere an ihre Stelle zu setzen, hat er diese allerletzte und alleräußerste Gefahr heraufbeschworen.

Hier soll nur noch einmal ganz kurz an Vergangenes erinnert werden. Nach den Reichstagswahlen von 1920 demissionierte Genosse Hermann Müller als Reichskanzler. Der Volksparteiler Dr. Heinze übernahm die Kabinettsbildung und wandte sich zunächst an die Sozialdemokratie um ihre Mitarbeit. Nachdem sie abgelehnt hatte, legte er seinen Auftrag zurück. Es kam die Regierung Fehrenbach - ohne Sozialdemokraten -, die bis zum Londoner Ultimatum im Mai 1921 regierte. Um die verfahren Situation zu retten, wurde die Sozialdemokratie herangezogen und unter Birth, ohne die Volkspartei, eine Koalitionsregierung gebildet. Im Sommer 1922 entstand die Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die im November an die Sozialdemokratie die ultimative Forderung nach der Bildung einer großen Koalition stellte. Diese Forderung wurde damals abgelehnt, und es kam die Regierung Cuno. Im August dieses Jahres hatte sie abgewirtschaftet und elementar erhob sich aus der Mitte der Ruf nach der großen Koalition. Die Sozialdemokratie versagte sich diesem Ruf diesmal nicht mehr, weil sie als Folge ihrer Ablehnung das Chaos und den Reichs-zerfall vorausah. Unter welchen Voraussetzungen sie in die-

Regierung eintrat, was sie forderte, was sie ablehnte, das wußten die Parteien der Mitte ganz genau. Mißverständnisse darüber waren unmöglich.

Eine Aenderung ihrer Haltung ist bei der Sozialdemokratie seit der Bildung des Kabinetts Stresemann nicht eingetreten. Sie hat damals mit dem, was sie will, nicht zurückgehalten, sie ist daher auch jetzt nicht mit überraschenden neuen Forderungen aus dem Busch getreten. Sie hat Vereinbarungen gehalten und ist sich treu geblieben in der Vertretung der Reichseinheit und der Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Auch diejenigen in ihren Reihen, die die Bildung der großen Koalition vordem bekämpften, haben nachher in ihrer Mehrheit sich auf den Standpunkt gestellt, daß in der gegenwärtigen gefährlichen Lage eine plötzliche Frontänderung der Partei nicht möglich sei. Wenn Frontänderungen vorgenommen wurden, so ist das bei ihr doch ganz bestimmt nicht der Fall gewesen. Darum kann sie den unheilvollen Möglichkeiten, denen der gestrige Tag den Weg geöffnet hat, zwar nicht ohne Sorge aber doch mit reinem Gewissen entgegensehen.

Dr. Scholz erklärt.

Vom Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz erhält WTB. folgende Zuschrift:

In der Presse ist die Nachricht verbreitet worden, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei habe dem Reichskanzler drei Forderungen namens seiner Partei überbracht, von deren Erfüllung er das Verbleiben der Deutschen Volkspartei in der großen Koalition abhängig machen müsse. - Der tatsächliche Vorgang war der folgende: Bei der Besprechung der Parteiführer wurde von mir lediglich die Frage zur Erörterung gestellt, ob es in Anbetracht der heutigen Not des Vaterlandes nicht angezeigt erscheine, die Regierung auf breitestem Basis zu stellen und in ihr alle diejenigen Parteien zu vereinigen, die auf dem Boden der staatlichen und finanziellen Ordnung stehen. In der Frage, der Reichsregierung eine weitgehende Ermächtigung zur Durchführung notwendiger Gesetze auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu erteilen, habe ich den Standpunkt vertreten, daß meine Fraktion voraussichtlich die Zustimmung zu dieser Ermächtigung von der anderweitigen Besetzung des einen oder anderen Ressorts abhängig machen müsse. Endlich habe ich betont, daß die alte Forderung der Deutschen Volkspartei nach Steigerung der Arbeitsintensität zwecks Erhöhung der Produktion, die in gegenwärtiger Zeit besondere Bedeutung gewinnt, weiter bestehe, und daß man letzten Endes auch nicht vor einer Verlängerung der Arbeitszeit in dazu geeigneten Betrieben zurückschrecken dürfe. Alle diese Fragen wurden von mir erörtert; von ultimativen Forderungen, insbesondere dem Reichskanzler gegenüber, kann nicht die Rede sein.

Die Krisenmacher.

Die plötzlich aufgetauchte Regierungskrise - ein Zeichen von dem politischen Jammer im neuen Deutschland - gibt der demokratischen „Berliner Volkszeitung“ Anlaß zu folgenden scharfen Bemerkungen:

Raum hat Herr Stresemann die Fraktion der Deutschen Volkspartei verlassen, so treibt diese schon als Braak auf den Wellen. Der Wind von rechts - ein Sturm ist es wirklich noch nicht - genügt, um den tapferen Männern um Scholz und Kempkes das Herz in die Hosen fallen zu lassen. Sie glauben, sich der deutschnationalen Opposition nur erwehren zu können, wenn sie den Feind in den Turm hineinnehmen. Es ist der alte nationalliberale Jammer der Politik der Halbheiten! Die klägliche Haltung der Volksparteiler führt eine Krise von folgenreichster Bedeutung herauf. ... Der Beschluß der Volkspartei stößt alle Pläne über den Haufen. Am unerhörtesten ist die Drohung der Partei mit der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes.

Aus den Beschlüssen der Volkspartei spricht der völlige Mangel an Verantwortungsbewußtsein und ein so auffallendes Fehlen jeder Zivilcourage, daß man schon von Feigheit sprechen kann. Sie scheuen jetzt vor den letzten Konsequenzen der von Stresemann eingeleiteten Außenpolitik zurück, und aus Angst um die Wahstimmen des Spießbürgers möchten sie sich hinter den Deutschnationalen verziehen. Es scheidet sie dabei nicht, daß ihr Vorgehen in der Schicksalsstunde des Reiches erfolgt, sie begreifen nicht, daß sie die außenpolitisch gerade jetzt so wichtige große Koalition, die von ihnen selber als die breiteste parlamentarische Grundlage gepriesen wurde, zertrümmern. Natürlich werden jetzt auch die übrigen Koalitions-

Dollar in New York 333,33 Mill. G., 312,5 Mill. B.

sprenger, Herr Stegerwald auf der einen, die Antisozialisten auf der anderen Seite, ermuntert. Es ist notwendig, daß jezt die aktiven Elemente der Mitte aus ihrer Reserve heraus treten. Es geht jezt nicht um die Partei, sondern um die äußere Selbstbehauptung, den inneren Frieden und den Reichsbestand.

Wie sich aus dem an anderer Stelle wiedergegebenen Schreiben des Vorstehenden der völksparteilichen Fraktion, Abg. Scholz, ergibt, handelt es sich bei den „Forderungen“ nicht um Beschlüsse, sondern nur um persönliche Anregungen!

In der Form nicht so kräftig, aber in der Sache nicht minder scharf urteilt das führende Zentrumsorgan „Germania“ über die Krisenfabrikanten. Das Blatt erinnert daran, daß die deutsche nationale Presse zuerst die Gerüchte von einer Krise in der großen Koalition ausstreute und bezeichnet diese Stimmungsmache als ein „Glieder in der Kette, die das schmerzstillende Halsband für die Regierung der großen Koalition bilden sollte“:

„Mit die Erkenntnis, daß die große Koalition regierungsunfähig sei, erst heute gekommen und wußten die Leute, die jezt diese Auffassung vertreten, das vor acht Wochen nicht? Konnten sie die Sozialdemokraten so wenig, daß sie damals an eine Lösung der Aufgaben mit der Linken glaubten, während sie heute plötzlich von der Arbeitsunfähigkeit der Sozialdemokraten überzeugt sind? Oder war ihnen nicht bekannt, daß alle diese Aufgaben bevorstünden? In jedem Falle stellen sie bei Besprechung dieser Fragen ihrer politischen Arbeitsfähigkeit ein schlechtes Zeugnis aus. Aber wir haben nicht den Eindruck, daß wirklich der Zweifel an der Arbeitsfähigkeit der großen Koalition die Triebfeder ihrer heutigen Haltung ist. Das Schlagwort vom „Kampf gegen den Argismus“ ist auch auf sie nicht ohne Eindruck geblieben und die Entwicklung der letzten Tage hat alle Hoffnungen bei ihnen neu ins Leben gerufen. Man ist sich offensichtlich klar darüber, daß die Erfüllung der Forderung dieser oppositionellen Elemente eine vollständige Neuorientierung unserer gesamten Politik bedeutet. Nicht nur innenpolitisch, sondern auch mit Rücksicht auf unsere Außenpolitik. Diese rein bürgerliche Regierung stände unter starkem deutschnationalen Einfluß und wäre außenpolitisch einfach aktionsunfähig. Innenpolitisch würde sie die Spaltung des deutschen Volkes in zwei Hälften, die sich einander mütend bekämpfen, zur Folge haben. Wir hätten dann den sogenannten Bürgerblock mit der Front gegen die Sozialdemokratie, die dann ihre ganze Kraft zur Förderung ihrer rein parteipolitischen Ziele anwenden könnte. Daß dieser Kampf zu einer inneren Zersplitterung führen sollte, daß bei dieser Auseinandersetzung die Frage der Produktionssteigerung befriedigend gelöst werden kann, das glaube, wer zu diesem Glauben den Mut hat.“

Die „Germania“ fügt hinzu, es sei ausgeschlossen, daß das Zentrum eine solche Politik mitmachen könnte, ohne seine ganze Vergangenheit zu verleugnen. Es habe vier Jahre lang für die große Koalition gekämpft, ein Ministerium ist an der Unmöglichkeit, sie seinerzeit zu bilden, gestürzt, und jezt soll wieder eine Regierung beseitigt werden, weil sie sich auf die große Koalition stützt. Sei ein größerer Widersinn denkbar? Eine solche Belastungsprobe könnte das Zentrum einfach nicht aushalten. Die Waffe seiner Anhänger würde eine solche Politik nicht verstehen.

Schließlich wendet sich die „Germania“ gegen die Darstellung, als ob in einer Sitzung des christlichen „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ der Sturz der großen Koalition vorbereitet sei. Zwar hätte dort die deutschnationale Richtung, besonders der unter Führung des Abg. Behrens stehende „Zentralverband der Landarbeiter“, in dieser Richtung gewirkt.

„Wir haben auch Grund zu der Annahme, daß die ersten Veröffentlichungen der „Deutschen Tageszeitung“ auf diese Kreise zurückzuführen sind. Wir wissen aber auch, daß in der Versammlung des Gewerkschaftsbundes nicht die wahre Stimmung der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zum Ausdruck gekommen ist, und es wird uns versichert, daß besonders die christlichen Gewerkschaften im Westen niemals eine Politik mitmachen würden, mit der in der Berliner Sitzung des Gewerkschaftsbundes geliebäugelt worden ist.“

Kraft, Ausdruck, Form.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Jede Rückkehr zur Kraft ist in einer Zeit der Verwechslung, des Balancierens, der verfeinerten Sensibilität als gelundenes Symptom zu begrüßen. Aus dem Expressionismus zurückzufinden zu Brahms oder Regner kann Wohltat sein. Und wenn uns auch gerade die Baukunst Regers, sein barocker Stil, seine melodische Gebundenheit an die komplizierte Harmonik nicht zu Herzen geht, so kann die Pflege seiner Musik doch den Weg weisen zu Bach, dem größten Heilskünstler in allen Krankheiten der Kunst. In vielen Konzerten wird jezt Regersche Kammermusik gespielt, die Regersche Gesellschaft hat sich auch in Berlin Freunde geschaffen, und auf Orgeln der Kirchen steht sein Name neben dem größten. Das ist zu beachten. Was an Erkenntnis des historischen Wertes, des technischen Phänomens, des Künstlers Regner noch fehlt, hat Guido Bagier in einer aufschlußreichen, klaren, Wesentlichen bringenden Biographie trefflich dargestellt (Deutsche Verlagsanstalt). Ein Lernbuch, das himmlisch nur dann preist, wenn das Besondere dazu zwingt: vor allem aber ein kenntnisreiches Buch, geschrieben von einem Mann, der neben der gefundenen Dialektik auch über die Fähigkeit verfügt, in die Rätsel und Schwierigkeiten des Kontrapunkts Einblicke zu geben. Das letzte Wort behält natürlich die ethische und ästhetische Wirkung des Regerschen Werkes selber. Da wird mancher immer noch anderer Meinung sein als der Heros. Das Buch-Quartett spielt Regers op. 54 (M-Dur) geradezu hinreißend. Ein bequemes, verständliches, wirkungsvolles Stück, frisch und draußig, nicht frei von rustikalen Elementen. Die bizarr-frohlichen Gesänge hatten, das Andante, schön gelungen, bleibt unverarbeitet, harmlose Eigenheiten klingen mehr spröde als notwendig, mehr plump und gewollt, als elegant und fördernd. Und über dem Ganzen schwebt der Geist Brahms, ein wenig über — eist, aber deutlich in seinem Melos erkennbar (C-Moll-Quartett). Immerhin ist auch hier eine Straffheit und eine Lebenskraft, die aufbauend wirken. Das tut eine Fantasiersonate von Reuhoff kaum, obgleich sie gut klingt und auch schönen Fugenanfang hat. Kurt Rosenhauer bemüht sich um das Werk und zeigt auch in der Begleitung des Cellisten Armin Diebemann eindringliche Routine. Warum dieser junge Mann mit dem schönen Gesangston aber lauter andere Stücke spielt als die auf dem Programm vermerkten, ist nicht ersichtlich. Schließlich weiß nicht jeder zwischen Schubert und Bizet zu unterscheiden. Der „Männergesangsverein Berliner Liederkreunde“, der dieses Programm verantwortete, leistet unter Gopels Führung Lichtbares, in Anbetracht seiner mittleren Stärke außer Gutes. Das zeigte sich z. B. in Abts Vireta, dessen Refrain lauter und warm empfunden klang. Dem Sturm in Puchners „Altmann“ waren die Sänger dynamisch kaum gewachsen, und der Pilgerchor, an dem sich ja selbst Opernsänger die Kehlen verrenten, lag ihnen trotz der improvisierten Orchestralbegleitung nicht auf. Doch lohnte es sich wohl, diese Sonntagssänger und ihre anhängliche Zuhörerschaft einmal kennen zu lernen. An dem gleichen Tag konnte auch dem Verblühten eine Herzenssonne leuchten, als ein Konzert der „Volkshöhne“ Schuberts H-Moll-Sinfonie und Beethovens „Pastorale“ erklangen. Kräftig dirigierte die Philharmoniker

Die Unternehmerrunde in den bürgerlichen Koalitionsparteien pflegen sich in der Vertretung ihrer Interessen leicht zu verständigen. Die Arbeiterorganisationen, ob christlich, freigewerkschaftlich oder demokratisch orientiert, sollten sich daran ein Beispiel nehmen und für ihre gemeinsamen Interessen ebenso entschieden und gemeinsam auftreten.

Der Putsch von Küstrin.

Weitere Verhaftungen auch in Döberitz.

Wolffs Bureau meldet:

Ueber die Vorgänge in Küstrin kann bis jezt folgendes gesagt werden: Seit Mitte letzter Woche fanden in der näheren und weiteren Umgebung Berlins Ansammlungen von jungen Leuten statt, die angeblich, daß sie sich der Reichswehr zur Verfügung stellen wollten. Der Militärbefehlshaber und die Polizeibehörden veranlaßten, daß sie, wo sie gestellt wurden, zerstreut und wieder nach Hause geschickt wurden. Der Verdacht lag vor, daß diese Leute unter Vorpiegelung nationaler Ziele von einer Stelle aus einseitlich angeleitet worden seien, um, zu militärischen Verbänden zusammengestellt, innerpolitischen Zwecken zu dienen. Der Wehrkreisbefehlshaber erließ deshalb in der Presse am 29. September öffentliche Warnungen und betonte seine Entschlossenheit, gegen jede Störung der Ruhe und Ordnung rücksichtslos vorzugehen. Als Führer der Bewegung wurde Major a. D. Buchstucker ermittelt und es wurde am 30. September Haftbefehl gegen ihn erlassen. Major Buchstucker hat offenbar erkannt, daß seine Pläne durchkreuzt werden sollten; er zog in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober soziale seiner Anhänger, als er ertochen konnte, in Küstrin zusammen. Sie verbargen sich zunächst in dem Zeughof, einem alten Festungswerk, in dem nur ein Trupp von Zivilarbeitern der Festung lag, der mit ihnen im Einverständnis handelte. Die Altstadt von Küstrin, von Oder und Warthe umschlossen und von allen Wäldern umgeben, läßt sich leicht nach außen absperrern. Von militärischen Gebäuden enthält sie nur die Kommandantur. Die Garulionen liegen jenseits der Warthe. Major Buchstucker scheint beabsichtigt zu haben, durch die

Ueberrumpfung der Festung

Gleichgesinnte im ganzen Reich zum Loschlagen zu veranlassen und durch diese Verzweilungstat sich selber zu retten. Auf welche Kreise er dabei rechnete, läßt sich noch nicht mit Sicherheit sagen. Im Morgenrauschen des 1. Oktober ließ er die wichtigsten Punkte und Zugänge der Stadt besetzen und begab sich selbst mit anderen Rädelsführern in die Kommandantur, um zu verhandeln.

Der Kommandant aber, Oberst Gudovius, ließ sich nicht auf Verhandlungen ein, sondern handelte mit größter Energie.

Die Führer ließ er ungehört verhaften.

Einen nachdrängenden Stoßtrupp nahm die Wache fest. Pionierbataillon 3 und eine Schwadron der Jahrsabteilung 3 wurden alarmiert und herbeigerufen. Vor ihnen zogen sich die Aufständischen in den Zeughof zurück, wo sie eingeschlossen wurden.

Das Wehrkreiskommando 3 hatte auf die erste Nachricht von dem Ereignissen hin den Obersten von Siebed und Truppen aller Waffen in Marsch gesetzt, um den Aufruhr unter allen Umständen unterdrücken zu können. Das Pionierbataillon, das keine schweren Waffen besaß, mußte sich bis zu ihrer Ankunft auf die Absperrung beschränken.

Es wies gegen Abend den Vorstoß eines schwächeren Trupps aufzuheben ab, die zum Teil in Autos von außerhalb gekommen waren, um die Eingeschlossenen zu entsetzen. Die Angreifenden hatten hierbei einen Toten, zwei Schwere- und vier Leichtverwundete. Nach dem Eintreffen der Verstärkungen

ergaben sich die im Zeughof Eingeschlossenen.

Im ganzen sind es 361 Mann, von denen man 13 als Rädelsführer ansehen kann. Dazu wurden noch 30 Mann festgenommen, die den Entschloßener von außerhalb gemacht hatten. Welchen Kreisen die Gefangenen angehören und welche politischen Ziele sie verfolgen,

wird sich im einzelnen erst bei den Vernehmungen feststellen lassen. Die heute im Laufe des Tages begonnen haben. Die Ueberstellung der Festgenommenen wird durch ein außerordentliches Gericht in Cottbus erfolgen.

Gleichzeitig mit diesen Ereignissen ist auch die nähere Umgebung Berlins von Reichswehr und Schutzpolizei streng überwacht worden, um alle anderen Ansammlungen zu verhindern. Hierbei wurden etwa 200 Mann festgenommen, die sich in dem Döberitzer Gelände sammelten.

Heute werden die Nachforschungen fortgesetzt. Es scheint jedoch, daß die Bewegung durch das tatkräftige Zutreten des Obersten Gudovius in Küstrin und das schnelle Eingreifen der Truppe, von der jeder Offizier und Mann in vollstem Maße seine Pflicht getan hat, im Keim erstickt worden ist.

Letzter Gruß an die SA.

München, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorstände der Sozialdemokratie Südbayerns haben unter dem heutigen Datum folgende Kundgebung an die SA-Ortsgruppen beschlossen:

„Die SA ist hiermit für München und Südbayern aufgelöst und hat mit dem heutigen Tage zu bestehen aufgehört. Allen Führern und Mannschaften, die sich mit Tatkraft und Treue für die Sache der Partei, der gesamten Arbeiterbewegung, des ganzen Volkes eingesetzt haben, sei hiermit Dank und Anerkennung ausgesprochen. Die Partei wird die für sie gebrachten Opfer nicht vergessen. Wir fügen uns dem Diktat, ohne von dem Standpunkt, der uns veranlaßt hat, in einer für das Volk sehr schweren Zeit die SA zu gründen, auch nur einen Punkt preiszugeben. Mehr als ein sol hat die SA Gelegenheit gehabt, in kritischen Situationen nicht nur die Münchener und die bayerische Arbeiterkraft, sondern für das ganze deutsche Volk erfolgreich eingegriffen und namenloses Unglück abzuwenden. Eine objektive Geschichtsschreibung wird ehrend der Männer gedenken, die einst bereit waren, ihr Leben für die Errungenschaften jahrzehntelanger Kämpfe einzusetzen. Wehrlos gemacht, haben wir unsere Organisation auf und belassen mit der Durchführung des Schutzes für unsere Einrichtungen und mit der vollen Verantwortung für diese jene Organe, die in der kritischsten Zeit zweierlei Recht und zweierlei Staatsbürger geschaffen haben. Nach steht der äußere Feind im Wandel! Da zwingt uns das Verantwortlichkeitsgefühl, nicht durch zweifachen Widerstand die Pläne jener fördern zu lassen, denen zur Erreichung ihrer selbstsüchtigen Ziele die Einheit und der Bestand der deutschen Republik nebensächlich sind. Wir sind nur der Gewalt gewichen. Dauernd als diese ist die Ueberzeugung von der inneren Wahrheit und Richtigkeit unserer politischen Auffassung. Im Rahmen dieser werden wir als Mitglieder der großen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, als Söhne des schaffenden deutschen Volkes wirken und laden über jene, die da glauben, uns mit Waffengewalt zu Nachfolgern ideenloser Schwärmer machen zu können. Der Glaube an Demokratie und Sozialismus hat uns in unserer SA vereint. Ihm sei auch in Zukunft unsere ganze Kraft gewidmet. Genossen der SA! Angesichts der Sachlage muß die Partei die strengste Durchführung dieser Anweisung verlangen.“

Bei einer Denkmalsenthüllung in Schliersee hielt Luden, dorff eine Ansprache, in der er für Rahr eintrat. Durch die Weigerung, den Führer des Kampfbundes „Reichsflagge“, Heß, dem Staatsgerichtshof auszuliefern, durch die Waffenschnitznahme in der „Münchener Post“ und die Auflösung der Auer-Garde habe der Generalsstaatskommissar bewiesen, daß er mit allen Vaterländischen den Kampf gegen die Reichsverstörer energisch aufnehmen! Als erster legte sodann General Echter im Namen des „König“ Rupprecht einen Kranz am Denkmal nieder.

Wegen Verdachts der Teilnahme an der kürzlichen Schießerei im Brudermühl-Bierlei wurde der Apotheker Bouillon verhaftet. Bouillon war Leiter der aufgehobenen sozialdemokratischen Schutzabteilungen, doch steht diese Tatsache mit der Verhaftung nicht im Zusammenhang.

„mäuse“ gekauft, weil diese Tiere in ungeheuren Mengen sich hier aufhalten. Die Höhle hat eine Länge von etwa 1/2 Kilometer; ein Strom fließt hindurch, und Stüde von Gneis, die herumliegen, weisen auf die ungeheure Gewalt früherer Strömungen hin, die diese Höhl geschaffen haben.

Camp war mit seinem Begleiter noch nicht weit eingedrungen, als er Tausende von Rottenlarven sah, die die Felsen bedeckten. Als sie 900 Fuß vorgebrungen waren, fanden sie einen Riesentrich, der an der Wand hing. Die Hauptbevölkerung aber bildeten die Fledermause, und die ganze Höhle war mit ihrem Guano bedeckt, von dem sich riesige Mengen Käsefäden, Käfer, Molken und andere Insekten nährten. Weiter drin in der Höhle waren die Wände so dicht mit Fledermäusen bedeckt, daß man keinen freien Platz finden konnte, um auch nur eine Hand zwischen sie zu legen. Nichts als man das Licht der Lampen auf sie, so flogen sie nicht fort, sondern „plumpften herunter“ und fielen ins Wasser, in dem sie mit ihren Flügeln schwammen. Am Abend kehrten sich die Mitglieder der Expedition an dem Ausgang der Höhle auf, um die Fledermäuse herauskommen zu sehen, und länger als eine Stunde flogen sie in unendlichen Schären herauf.

Unter den zahlreichen Tierarten, die sich in der Höhle befanden, hatten sich nur fünf oder sechs dem Leben in der Höhle angepasst; darunter befand sich eine frisch wasser-Garnele, deren Augen auf die Hälfte der normalen Größe verkleinert waren. Da das Wasser trüblich ist und keine Nahrung für Garnelen enthält, so litt sie sehr unter Hunger und frohen einander auf. Die Forscher waren erstaunt, eine Garnele außerhalb des Wassers zu finden, wo sie auf einem Stein arabischer Sprünge ausgehütet. Warum sie aus dem Wasser gekommen war und warum überhaupt die Garnelen sich in der Höhle, wo sie gar keine Lebensbedingungen fanden, niedergelassen hatten, ließ sich nicht erlernen.

Das Zeitungsweien in Sowjetrußland. Zum 1. August wurden, wie der DTPress meldet, auf dem gesamten Gebiet Sowjetrußlands 590 Zeitungen oder in Zeitungsform erscheinende Blätter registriert, von denen 169 täglich erscheinen. Von diesen entfallen auf Moskau 39, im europäischen Rußland erscheinen 327, in Sibirien und den autonomen Republiken 214. Die durchschnittliche tägliche Auflagehöhe sämtlicher Zeitungen betrug nach amtlichen Angaben zum 1. August 2.091.970 Exemplare, von denen 657.650 auf Moskau entfallen. Eine unabhängige Presse gibt es in Sowjetrußland bekanntlich nicht und bis auf einige Pamphleten werden die russischen Presseorgane von den Sowjetbehörden, den Partei- und Gewerkschaftsinstanzen herausgegeben. Unter diesen Umständen wird in Rußland, besonders von der sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Partei, eine Reihe von illegalen Blättern herausgegeben, die jedoch wegen der Verfolgungen durch die Sowjetbehörden eine größere Verbreitung nicht finden können. Die Zahl der Zeitungen betrug 565.

Ein „englisches Pompeji“. Das altägyptische Regionslager Siroconium, das an der Stelle der heutigen Stadt Prozet in Syrophire lag, soll jezt vollständig ausgegraben werden und man hofft damit ein „englisches Pompeji“ zu schaffen. Die bisherigen Ausgrabungen lassen mehrere bedeutende Entdeckungen erhoffen. Die ein ziemlich ländliches Bild einer römischen Lagerstadt geben werden.

Die Höhle der Fledermäuse.

Von einer Expedition zu der Sija-Höhle im Caro-Gebirge in Afrika berichtete auf der diesjährigen Versammlung der British Association der Zoologe Dr. Stanley Camp aus Kalkutta. Er hat diese bisher noch unerforschte Höhle die Höhle der Fleder-

Der Mordprozess v. Kähne.

In dem nüchtern-grauen Schwurgerichtssaal des Landgerichts Potsdam steht ein Mitglied der durch ihre Schießaffären bekanntgewordenen Familie v. Kähne vor den Volksschöffen. Leicht wird der Rittergutsbesitzer Karl v. Kähne auf Pehow es nicht haben, die Anklage vorläufiger Tötung des 16jährigen Obstküchtersohnes Otto Laase aus Bestow zu entkräften. Der 63jährige Mann ist Nachkomme einer alten Pehower Bauernfamilie, die nachweislich seit mindestens drei Jahrhunderten dort auf ihrem Grund und Boden sitzt und erst im neunzehnten Jahrhundert wegen nicht näher bekannter Verdienste geadelt wurde. Er macht selber noch den Eindruck eines Bauern, der notdürftig „von der Kultur belehrt“ ist. Die Denkart eines hartschadeligen Großbauern, der sein Land nicht gern von einem Fremden betreten läßt, spricht aus allem, was der Angeklagte sagt. Auf wiederholte Vorhaltungen der Zusammenföhrer, die er bei anderen Gelegenheiten gehabt hat, antwortet er, daß es sich da um Diebstähle oder Angriffe auf ihn gehandelt und er sein „gutes Recht“ gewahrt habe. Der Staatsanwalt will feststellen, daß in der Familie v. Kähne der vorzellige Waffengebrauch geradezu Tradition sei. Er erinnert daran, daß vor drei Jahren in einem Prozeß gegen den wegen einer Schießerei angeklagten v. Kähne jun. dessen Verteidiger geltend gemacht hat, der Vater habe den Sohn so erzogen. Das sei un wahr, erklärt v. Kähne sen. erregt; nur das habe er dem Sohn gesagt, gegen körperliche Angriffe solle er sich mit der Waffe wehren. Diese Erklärung paßt schlecht zu einer Zeugenaussage, die v. Kähne sen. vor zehn Jahren zugunsten seines Sohnes gemacht hat, als dieser im Alter von damals 19 Jahren zum ersten Male wegen einer Schießerei vor Gericht stand. Damals behauptete der Vater, daß er seinen Sohn instruiert habe, Spitzbüben durch die Schußwaffe zum Stehen zu bringen, und daß er selber dieselbe Instruktion von seinem Vater erhalten habe. Zu dem Tode des 16jährigen Laase, der Viehsteiner suchen ging und nach Monaten als Leiche aufgefunden wurde, will der Angeklagte in keiner Beziehung stehen. Er äußert die Ansicht, daß der junge Mensch durch Selbstmord geendet habe. Sein erregtes und schroffes Verhalten bei Auffindung der Leiche erklärt er daraus, daß die sofort bemerkten Anspielungen und Verdächtigungen ihn gekränkt haben. Wenn er nicht mit der Achtung behandelt wird, die man — sagt er — ihm schuldig sei, werde er empfindlich. Vor Gericht ist er bemüht, sich zu beherrschen. Doch merkt man bei mancher seiner Antworten, wie schwer ihm das wird.

Am weiteren Verlauf der Vernehmung stellte der Angeklagte auf das entschiedenste in Abrede, daß er einmal, wie ihm vorgehalten wurde, bei einer Besprechung bei seinem Verteidiger geäußert hätte: „Ich und mein Förster sagen nichts, sondern wir einen Dieb treffen, sondern es gibt was hinten drauß.“

Dann wurde in die Beweisaufnahme eingetreten. Nach Vernehmung einiger unwesentlicher Zeugen wurde der erste Belastungszeuge, der Arbeiter Rehfeld aus Glinhow, aufgerufen, der bezeugte, daß er am Abend des 2. Mai Laase auf dem Behauer Weg getroffen habe und mit ihm zusammen an das Seeufer zum Viehsteiner suchen gegangen sei. Nach einiger Zeit hätte er Laase aus den Augen verloren. Bald darauf habe er unweit der Fischerhütte, die sich etwa 500 Meter vom Schlosse Pehow entfernt befindet, den schwachen Knall eines Schusses und etwa 2 Minuten später einen Ruf gehört, der ihm so vorkam, als ob Laase rief: „Rehfeld!“. In der Annahme, daß Laase vielleicht von Herrn v. Kähne getroffen sei, sei er, der Zeuge wieder zurückgegangen und schließlich durch den Wald nach dem Mittelbühler Weg gelaufen. Dort sei ihm Kähne entgegengekommen und habe den Zeugen gefragt, woher er komme und ob er Kufe gehört habe. Der Zeuge habe das verneint. — Vorsitzender: Warum haben Sie es denn verneint? — Zeuge (zögernd): Ich dachte, Kähne hätte mich gerufen. — Auf weiteren Vorhalt des Vorsitzenden verweigerte sich denn der Zeuge in allerlei Widersprüche über die Art und Weise, wie er Laase kennengelernt und wieder er auch dann noch nicht von dem angeblichen Vorfall am Ufer des Schmelowsees erzählt habe, als das Verschwinden des jungen Laase schon bekannt war. Der nächste Zeuge ist der Stallschweizer Blajer, den eine Frau Runge, die im Walde Holz geschnitten, den Leichenfund gemeldet hatte. Der Zeuge ging daraufhin zum Gutshof, wo ihm Kähne zu Pferde entgegengekommen sei. Der Schlossherr sei anscheinend schlecht gelaunt gewesen, denn auf die kurze Mitteilung Blajers, daß „draußen eine Leiche liegt“, hätte Kähne nur erwidert:

„Laßt sie doch liegen. Laßt die Schweine sie aufressen.“

(Bewegung im Saal.) Wie der Zeuge hierzu erläuternd bemerkt, gab es in dem betreffenden Waldstück Wildschweine.

Ein anderer Zeuge, der Mechaniker Berly aus Berlin, gehörte zu einer Wandernogelgruppe, dem v. Kähne auf der Fregate Pehow einen Raum überlassen hatte. Der Zeuge hatte sich mit dem Förster Lacher befreundet. Als die Leiche gefunden worden sei und dem Förster Meldung erstattet wurde, sei er, der Zeuge, mit dem Förster auf die Suche gegangen, und Lacher habe dann die Leiche schon nach wenigen Minuten gefunden. Vorsitzender: Kam Ihnen da nicht der Verdacht, daß der Förster Lacher den Fundort schon kannte und die Leiche schon vorher gefunden hatte? Zeuge (zögernd): Nein. — Staatsanwalt Gerstich: Früher haben Sie gesagt, Sie hätten nachträglich den Eindruck gehabt. — Zeuge: Ja, wohl, weil der Förster die Leiche so schnell gefunden hat.

Daraufhin wurde Förster Lacher selbst vernommen, der zunächst unbeeidigt blieb. Auf Befragen des Vorsitzenden gab er an, daß höchstens auf Kartoffeldiebe ab und zu Schrottschüsse abgegeben worden seien. v. Kähne hätte immer einen großen, alten Trommelrevolver mit Kaliber 9 bei sich geführt. — Den Leichenfund schildert dann der Zeuge so wie die übrigen Zeu-

gen. Er bestätigt auch, daß am nächsten Tage zwischen Herrn von Kähne einerseits und dem Landjäger und dem Vater Laase andererseits ein Streit entstanden sei, weil dem Angeklagten der Vorwurf gemacht wurde, daß er an diesem Verbrechen beteiligt sei. Der Zeuge bestritt auf das entschiedenste, daß er jemandem erzählt habe, Herr v. Kähne hätte ihm nach dem Leichenfund ärgerlich erklärt: „Sie hätten die Leiche auch schon längst einbuddeln können.“ Aus dem Notizbuch des Försters wurde dann festgestellt, daß er am 2. Mai 1921 nicht im Sternwald gewesen ist, sondern daß er erst am nächsten Tage, am 3. Mai, dort zur Holzabnahme anwesend war.

Ziemlich dramatisch gestaltete sich in der Nachmittagsitzung die Vernehmung des Vaters des getöteten Laase,

des Obstpächters aus Bestow, der mit thronenerbkundiger Stimme und sehr erregt folgende Befundungen machte: „Am 2. Mai hatte ich meinen Sohn, der von der Arbeit zurückkommen sollte, nach meinem Grundstück bestellt. Er kam aber nicht. Da ich am Abend des Tages mit Blumen nach Berlin fahren mußte, erfuhr ich erst am nächsten Morgen, daß mein Sohn in der Nacht nicht nach Haus gekommen war. Wir gingen sofort auf die Suche nach ihm, suchten das Schiff an der Havel, bei Baumgartenbrück und am Schmelowsee bis Schlos Pehow ab, fanden aber nichts. Seitdem blieb mein Sohn verschollen, bis am 30. Juli abends mir mitgeteilt wurde, Herr v. Kähne hätte angeliegt.

In seinem Walde sei eine Leiche gefunden,

und es handele sich möglicherweise um meinen Sohn. Ich fuhr sofort nach Schlos Pehow, wo mir Kähne erklärte: Warum haben Sie mir nicht gleich gesagt, daß Ihr Sohn verschwunden ist. Der hat sich erschossen, der Revolver liegt bei ihm.“ Dann ging er mit mir durch den Wald zur Fundstelle. Plötzlich packte er meine beiden Ellenbogen, drehte mich scharf herum und sagte: „Hier, da liegt er. Mein Stallschweizer hat ihn hier gefunden. Fragen Sie mal meinen Stallschweizer, was der hier zu suchen hat. Der hat hier überhaupt nichts zu tun“, und dann fuhr er fort: „Na, sehen Sie, er hat sich das Leben genommen. Da liegt ja der Revolver. Der Herr Amtsvorsteher wird Ihnen auch bestätigen, daß Selbstmord vorliegt. Er wird Ihnen die Leiche bestatigen, damit Sie Ihren Sohn schließlich beerdigen können.“ Ich glaube aber nicht an einen Selbstmord, so bezeugte der Zeuge, und benachrichtigte den Oberlandjäger, der am nächsten Morgen mit mir wieder zur Fundstelle kam, und dort trafen wir Herrn v. Kähne, der sehr erregt auf mich losfuhr und mich ansah: „Wie können Sie sagen, daß hier ein Verbrechen vorliegt? Ich bin hier auf meinem Grund und Boden, hier habe ich mein Recht.“ Und zu dem Beamten sagte er, indem er auf mich hinwies: „Glauben Sie dem Manne nicht, der hat einmal Grubenkolz geschloßen.“ Der Landjäger bestätigte mir dann aber auch, daß mein Sohn nicht an dieser Stelle gestorben sein könne, sondern erst dorthin gebracht sein würde. Der Revolver lag rechts neben der Leiche und war auffälligerweise geföhrt. Als ich das Herrn von Kähne zeigte, bemerkte er, die Waffe wäre ja nur ein ganz kleines bißchen geföhrt. Möglicherweise wäre das von selbst passiert. Bei der gerichtsarztlichen Untersuchung konnte kein Knochenbruch gefunden werden. Ich habe aber einige Tage später die Fundstelle noch mal untersucht, nachdem mein Sohn schon beerdigt war, und da fand ich etwa 4 Zentimeter tief in der Erde eine Kugel, die anscheinend die Körperhälfte meines Sohnes durchschlagen hatte. Der Zeuge berichtet dann weiter über die Ermittlungen, die damals in dieser Angelegenheit gegen Kähne stattgefunden haben, aber wieder eingestellt worden waren, und über die Wiederaufnahme der Angelegenheit anlässlich des Falles Nietert. Weiter bezeugt er, daß Herr v. Kähne in einer Besprechung seiner Pächter erklärt habe: „Schützen Sie mein Eigentum, dann schüße ich Ihr Eigentum. Aber wenn ich einen Dieb auf meinem Grundstück treffe, dann gibt es eine Wucht. Einer meiner Pächter hat ja schon neulich einen Fuchs geschloßen. Na, da macht man eben einmal den Finger krumm und läßt es einen Fuchs sein.“ (Bewegung im Saal.) Weiter erzählt der Zeuge Laase, daß zwei Tage vor der Auffindung seines Sohnes ein Arbeiter zu ihm gekommen sei, der an dem froghohen Tage, dem 2. Mai, von der Kaputtter Seite zwei Schüsse in der Nähe von Schlos Pehow gehört und dann gesehen habe, wie zwei Mann im Kahn von drüben abgestoßen seien. Er, der Zeuge, habe dieser Befundung aber weiter keine Bedeutung beigelegt, weil

in Pehow öfter 500 bis 600 Schuß täglich abgefeuert

würden. Die Kähnes schossen noch der Scheibe und nach allem Möglichen, und es knallte dort den ganzen Tag. Nach Auslegung der Befundung durch die Staatsanwaltschaft hat sich dann bei dem Zeugen zunächst der Arbeiter Rehfeld gemeldet, der ihm die schon bekannte Aussage machte; später habe auch noch ein weiterer Zeuge Bellin (der heute vernommen wird) ihm im Gegenseitig zu Rehfeld eine andere Schilderung gegeben. Danach hätte Bellin gesehen, wie Kähne den jungen Laase am Morgen des 3. Mai angehalten, zur Rede gestellt und dann, als der Junge die Flucht ergriff, zweimal hinter ihm her geschossen hätte, wobei Bellin gesehen haben will, daß der anscheinend Betroffene zusammengekniet sei. Vorsitzender: „Die Kugel, die Sie an der Fundstelle gefunden haben, stammt doch allem Anschein nach aus dem Revolver Ihres Sohnes?“ Zeuge: „Dann ist es eben möglich, daß der Angeklagte ihn mit dem Revolver niedergeschossen hat.“ Vorl.: „Das widerspricht doch aber der Aussage Bellins.“ Zeuge: „Nein, ich denke mir, daß Kähne am Abend des 2. Mai meinen Sohn verprügelt hat, weil er ihn beim Suchen der Viehsteiner überredete, daß der Junge dann auf meinem Obstküchtersgrundstück übernachtet hat und dann am anderen Morgen zum zweitenmal von dem Angeklagten überfallen worden ist.“ Vorl.: „Auch dieser Annahme würde die Aussage der Zeugen Rehfeld und Bellin widersprechen.“

Dann wurde die Mutter des Laase vernommen, die ihren Sohn als einen sehr lebenslustigen jungen Mann schilderte, dem sie keinen Selbstmord zutrauen könne.

Der Aufstand in Bulgarien.

Nach den verworrenen und widerspruchsvollen Meldungen aus Bulgarien, die durch die offiziellen bulgarischen Kommuniqués nur noch unklarer wurden, beginnt sich nun allmählich das Dunkel zu lichten, das über dem bulgarischen Zustand liegt. Wie uns auf unsere Anfrage hin von Parteigenossen aus Sofia gemeldet wird, haben bis vor wenigen Tagen hartnäckige Kämpfe zwischen den von Bauern unterstützten Kommunisten und den Regierungstruppen stattgefunden. Bei Ferdinandowa war eine regelrechte Schlacht mit Artilleriestellungen, zahlreicher Kolonnenartillerie und Maschinengewehren im Gange. Auch in der Nähe von Philippopol fanden Kämpfe statt. Die Regierung zog mit Zustimmung der Entente zahlreiche Offiziere und Unteroffiziere ein. So konnte sie, wenn auch nach harten Kämpfen, Herr der Lage bleiben.

Eine weitere Klärung erfährt die Lage in Bulgarien durch eine Meldung der „Bosfischen Zeitung“ aus Belgrad, wonach die Führer der bulgarischen Kommunistenbewegung, Gregor Dimitroff und Wassil Kolaroff nach Jugoslawien geflüchtet sind und sich den dortigen Behörden gestellt haben. Beider Ausfugten bestätigten die Meldungen über die Niederwerfung der kommunistischen Aufstandsbewegung in Bulgarien. Beide hatten von Sofia aus gut verborgen die ganze Bewegung geleitet und am 22. September heimlich im Auto Sofia verlassen, um sich nach Ferdinandowa zu begeben, von wo sie nach Einnahme einiger Ortschaften mit einer gut ausgerüsteten und organisierten Armee gegen Sofia zu marschieren gedachten, wo zu gleicher Zeit der Ausbruch der Bewegung hätte stattfinden sollen. Durch Verrat eines Mitgliedes des Sofioter Revolutionskomitees wurde die Verschwörung in Sofia entdeckt und alle Komiteemitglieder verhaftet. Damit war offenbar das Schicksal des Aufstandes besiegelt. Die nun folgenden Kämpfe dürften in der Hauptsache darin bestanden haben, daß die Regierung die ihr bekannt gewordenen Herde der Bewegung umzingeln und die vorhandenen Kräfte der Aufständischen vernichten ließ.

Wirtschaft

Rußlands Wirtschaftslage und die russische Arbeiterkraft.

Die Berichte deutscher Journalisten und Kaufleute usw., die in letzter Zeit Rußland bereist haben, stimmen darin überein, daß sie einen bemerkenswerten Erholungsprozeß im russischen Wirtschaftslage konstatierten. Besonders im Vergleich zu den Jahren 1920 und 1921 haben sich die Verhältnisse sehr gebessert. Diese Besserung vollzieht sich jedoch nicht in allen Teilen des russischen Reiches gleichmäßig, sie erstreckt sich auch nicht auf alle Schichten der Bevölkerung. Am besten geht es zurzeit denjenigen Kreisen, die es verstehen, aus der sogenannten „neuen ökonomischen Politik“ Vorteile zu ziehen.

Die Lockerung der Bestimmungen über den Handel mit Waren hat einer verhältnismäßig kleinen Schicht der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, reichlich Geld zu verdienen. Auch die Landwirtschaft sieht teilweise schon günstiger da, als man noch den noch in frischer Erinnerung befindlichen Berichten über Hungersnot und Mangel annehmen soll. Die Regierung bietet alles auf, um gerade die Bauern zufriedenzustellen. Man fördert mit allen Mitteln den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse, um die Inlandpreise zu heben und den Bauern den Ankauf industrieller Waren zu erleichtern. Auch die Veranlassung der großen landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau liegt im Rahmen dieser großzügigen Werbepolitik, die den Bauern für die Sowjetregierung gewinnen will.

Die russische Arbeiterkraft fühlt sich in neuerer Zeit etwas vernachlässigt. Die in Trübs und Syndikaten zusammengefaßte Industrie hatte sich im Jahre 1922 etwas erholt, leidet aber zurzeit sehr unter Abkühlung und Kapitalmangel. Die Trusts tauschen ihre Erzeugnisse in der Hauptsache untereinander aus, woraus sich eine starke gegenseitige Verschuldung ergibt. Die Zahlungen werden größtenteils nicht in bar, sondern durch Hingabe von Wechseln geleistet.

Die Diktierung vieler Wechsel gestaltete sich in den letzten Monaten ziemlich schwierig. Infolgedessen ergaben sich unliebsame Verzögerungen bei den Lohnzahlungen. Auch die Arbeitslosigkeit ist in den größeren Städten recht bedeutend. Man hat in den letzten Wochen die Kontrolle der Erwerbslosen sehr verschärft, und sehr vielen die Unterstützung entzogen. Diese geben einem recht schweren Winter entgegen. Die Zahlung der Arbeitslöhne erfolgt in der Weise, daß die Summen in sogenannten Warenrubeln, d. h. nach einem bestimmten Indexsystem berechnet und in Papierrubeln ausbezahlt werden. Ungefähr ein Fünftel der Löhne und Gehälter wird in Geldanleihe bezahlt, die in der Regel nur mit erheblichem Verlust abzulösen ist.

Die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse sind trotz reichlichen Angebots von Lebensmitteln und Waren ganz bedeutend höher als in irgend einem anderen Lande. Mit dieser Teuerung vermag die Arbeitelöhne nicht Schritt zu halten. Die Lage der russischen Arbeiterkraft würde noch wesentlich schwieriger sein, wenn nicht ein großer Teil derselben bei einsetzender Arbeitslosigkeit auf das Dorf zurückwandern würde. Die Hoffnungen, die man auf die Beseitigung ausländischen Kapitals in Rußland gesetzt hat, erfüllen sich nur in geringem Umfange. Die Bauernschaft nimmt in der Frage der Vergütung von Konzessionen an Ausländer eine ablehnende Haltung ein, da sie fürchtet, daß die natürlichen Schätze Rußlands erneut der Herrschaft ausländischer Kapitalisten verfallen könnten. Auch die Inbetriebnahme der vorhandenen Fabriken wird durch den Kapitalmangel sehr erschwert. Alles in allem sind die Aussichten für die russische Industrie- und Arbeiterkraft keine übermäßig günstigen.

Die Umwandlung der Deutschen Werke in ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen wird jetzt bestätigt. Das im Reichsbesitz befindliche Aktienkapital der Deutschen Werke ist kürzlich von 400 Millionen nominal auf 700 Millionen erhöht worden. Die neugeschaffenen jungen Aktien sollen an der Börse in den Verkehr gebracht werden. — Ueber den Zweck dieser Transaktion wird folgendes mitgeteilt: Die Deutschen Werke, die nach dem Kriege sich auf Friedensproduktion umstellten, haben den Kreis ihrer Erzeugnisse besonders in den letzten beiden Jahren stark erweitert und beschäftigen sich in Zukunft mehr und mehr der Großfabrikation, d. h. der Herstellung von Werkzeugmaschinen, Dieselmotoren, Schiffmaschinen, Schiffsnautbauern, der Reparatur und dem Neubau von Waggonen und Lokomotiven usw. zu widmen. Bisher werden schon im großen Umfange hergestellt: landwirtschaftliche Maschinen, Pflüge, Motorräder, Schreibmaschinen, Stahl-, Kan- und Temperguß usw. Die über das ganze Reich verteilten Betriebe beschäftigen zurzeit etwa 40000 Arbeiter und Angestellte. Der Geschäftserfolg ist zufriedenstellend. Die Werke sind für längere Zeit mit Aufträgen versehen, so daß unter allen durch die Zeitverhältnisse bedingten Vorbehalten mit einem zufriedenstellenden Ergebnis gerechnet werden kann. Die durch die Ausgabe und Einführung der jungen Aktien an der Börse beschafften Kapitalien sollen ausschließlich der Erweiterung der Betriebe dienen. Es trifft also zu, daß drei Siebentel des Aktienkapitals der Deutschen Werke in Bräuhände verbleiben werden sollen. Wir halten diese stillschweigende Umformung eines bisher reichseigenen Betriebes für sehr beachtlich. Sie widerspricht nicht nur den sozialistischen Forderungen, sondern überhaupt dem wichtigen Gedanken, daß das Reich durch den Besitz eigener Produktionsmittel eine gewisse Kontrolle der Produktion und ihrer Kosten aufrechterhalten muß. Diese Möglichkeit wird aber durch die Beteiligung privater Interessentengruppen an diesem bisher reichseigenen Wert erheblich eingeschränkt.

Das endgültige Ergebnis der Soldanleihe.

164,2 Millionen Goldmark.

Das Ergebnis der Soldanleihe steht vorläufig geringfügiger Ergänzungen fest. Es wurden nach amtlicher Mitteilung insgesamt 164 224 180 Mark Gold geschneidet, und zwar gegen Mark 129 788 194 Mark Gold, gegen Devisen 39 852 899 Mark Gold, gegen Dollarfahnanweisungen 2 596 553 Mark Gold, gegen Goldmarkquittungen 980 630 Mark Gold.

Der Geldraub.

Geraubt wurden am 22. Sept. in Mainz 1 380 000 000 000 Mark, am 28. September in Erfeld 1 1/2 Billionen Mark, am 30. September in Dortmund 94 Billionen Mark.

Die Franzosen entwendeten heute bei der Firma Krupp circa 800 Milliarden Mark.

Essen, 2. Oktober. (B.Z.) Am 3. Oktober werden in Duisburg 52 Eisenbahner mit Familien ausgewiesen. Sie wurden vorher nicht gefragt, ob sie die Arbeit aufnehmen wollten, um die Ausweisung zu verhindern.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“ ist vom Oberpräsidenten Zimmer erneut auf acht Tage verboten worden, da sie Angriffe gegen den Reichspräsidenten und den Reichswehrminister Gehler gerichtet hätte.

Die Reichsregierung für Flurschutz.

Amlich wird gemeldet: Die Sicherheitsverhältnisse auf dem flachen Lande nehmen auch die Aufmerksamkeit der Reichsregierung in Anspruch, die in einem Rundschreiben an die Landesregierungen angeregt hat, Vereinbarungen zur gegenseitigen Hilfeleistung zu treffen, wo die eigenen Polizeikräfte eines Landes nicht ausreichen, einem besonderen Notstande abzuwehren. Untelshadet der Polizeihilfe der Länder wird im Hinblick auf die erhebliche Befestigung des Reiches an der Unterhaltung der Polizeikräfte die Verwendung der Polizeiorgane der Länder nicht nur für die Interessen des eigenen Landes, sondern für das deutsche Gesamtinteresse in Gestalt einer polizeilichen Grenzhilfe erwartet. Außerdem wird nach dem Vorbilde Preußens die Bildung eines Flurschutzes empfohlen, um das flache Land vor gewaltsamen Einwirkungen gegen die Produktion und Ernte zu schützen. Ein solcher Flurschutz soll in der Regel das Gebiet eines Gemeindebezirkes nicht überschreiten, wenn auch im Einzelfall gegen ein Zusammenwirken verschiedener Flurschutzabteilungen nichts eingewendet werden mag. Cheltens wird die Bildung eines freiwilligen Flurschutzes unter Führung eines Landjägers oder Schupobeamten den Schutz des flachen Landes gewährleisten. Im übrigen ist die beschleunigte und ausweidende Abkieserung der Ernteträger durch die Erzeuger als das beste und wirksamste Mittel gegen Plünderungen und Ausschreitungen auf dem Lande anzusehen.

Gewerkschaftsbewegung

'Beamtenabbau'

Von der Beamtenabteilung des Deutschen Verkehrsbundes wird uns geschrieben:

„Als in jüngster Zeit die Hege gegen die Beamten in der gesamten bürgerlichen Presse durch Bild und Schrift in Szene gesetzt wurde, fragte sich unwillkürlich der denkende Bürger: Was wird damit eigentlich beabsichtigt? Ist nur die einigermassen den Lebenshaltungskosten entsprechende Bezahlung und deren Rückwirkung auf die Privatindustrie der Grund, weshalb man die Presse in so erheblichem Umfange gegen die Beamten in Anspruch nimmt? — Die Antwort ist mittlerweile durch die Entwicklung der Verhältnisse gegeben. Man hat nichts weniger vor als eine Verringerung des Beamteneinsatzes und nachdem man die Öffentlichkeit genügend vorbereitet wohnt, ist durch ein Beamtenabbau-gesetz, das im Entwurf bereits vorliegt, den Beamten die Möglichkeit gegeben, aus dem Beamtentum auszuscheiden bzw. vorzeitig pensioniert zu werden. Die Ursache zu dieser Maßnahme der Regierung ist nicht neu, doch berührt es in gewisser Hinsicht komisch, wenn seit Jahr und Tag Sparkommissionen sämtliche Dienststellen auf überzählige Personal hin kontrollieren und, trotzdem Arbeiter und Angestellte der Reichs- und Staatsbetriebe dauernd zur Entlassung kommen, sich die Zahl der Beschäftigten dort fortgesetzt vermehrt; z. B. bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung etwa 6000 mehr als im Vorjahre.“

Der Reichstag, der das Budgetrecht hat, wird sicherlich nicht auf der einen Seite eine große Anzahl zu besetzender Stellen streichen und Sparkommissionen entsenden, um eine Vermehrung der Beschäftigten herbeizuführen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß nur deshalb so etwas vorkommen kann, weil unverantwortliche Stellen einfach ohne Rücksicht auf die Verhältnisse nur die Aufstellung des Haushalts im Sinne ihrer Privatmeinung vornehmen. Deswegen erscheint es notwendig, daß an diesen Stellen der Abbau grundsätzlich durchgeführt wird.

Die Fama weilt allerdings zu berichten, daß der Abbau sich nur auf die untersten Beamtengruppen beschränken soll und neue Referate bereits eingerichtet sind, um den Abbau der unteren Beamtengruppen durchzuführen. Hält man sich vor Augen, daß im Abfertigungsdienst Beamte überhaupt nicht überzählig sind, so wird ein Referatensatz mit seinem Büropersonal vollkommen genügen, um durch die entstehenden Unkosten jede Ersparnis illusorisch zu machen. Bekanntlich werden Abbaureferenten zugleich auch überzählig und haben deshalb das größte Interesse, ihre Zuständigkeitsgebiete dauernd zu erweitern. Wer den Entwicklungsgang eines Referats kennt, muß zugeben, daß es eine außerordentlich lange und zähe Lebensdauer und die Tendenz hat, sich in alle Ewigkeiten zu erhalten. Mit dem Abbau von oben einmal ernstlich zu beginnen und alle nicht unbedingt notwendigen Referate abzubauen und verschwinden zu lassen, das wird der Zustimmung auch weitaus meisten Beamtentreise gewiß sein.

Der Ansturm der bürgerlichen Presse, der dahin geht, auf das Existenzminimum und die Rechte der Beamten hinweisend, Arbeiter und Angestellte gegen die Beamten aufzupuffen, um desto sicherer allen Beamten- und Arbeitnehmergruppen die beschriebenen Rechte zu kürzen, muß ganz entschieden zurückgewiesen werden.

Den Freien Gewerkschaften erwächst die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der geplante Abbau nur die viel zu vielen oberen Stellen trifft. Alle Beamten aber haben die Pflicht, auf der Hut zu sein, sich innerhalb der freierwerblichen Organisationen zusammenschließen, um mit den übrigen Arbeitnehmergruppen gemeinsam gleiches Recht für alle zu erkämpfen.

Ist jedem das Existenzminimum unbeschadet seiner Leistung gesichert, dann kann auch ein Beamtenabbau nur eine Verringerung des Tätigkeitsbereichs sein.“

An die Mitglieder der vier graphischen Organisationen!

Nachdem in letzter Zeit einzelne Personen, ohne dazu autorisiert zu sein, Versammlungen innerhalb der graphischen Industrie einberufen haben, machen wir alle Mitglieder darauf aufmerksam, daß alle gewerkschaftlichen Versammlungen nur von den einzelnen Organisationen oder, wenn die graphische Arbeiterschaft insgesamt zusammengerufen werden soll, nur vom Vorstand des Graphischen Kartells einberufen werden können.

Nur die Unterzeichnung der Ortsvorsände oder des Graphischen Kartells gibt die Gewähr für eine ordnungsmäßige und rechtmäßige Einladung. Wir bitten die Kollegen, dies in Zukunft bei allen Versammlungsanzeigen zu beachten.

Der Vorstand des Graphischen Kartells.

Angestelltenarbitrage der Berliner Metallindustrie.

Zwischen dem VDMJ. und den AM-Gewerkschaften ist folgende Vereinbarung getroffen worden:

Die Tarifangestellten erhalten am Freitag, soweit technisch möglich, einen Zuschuß in Höhe von 75 Proz. des September-Brutto-Einkommens, abgerundet auf volle 10 Millionen Mark nach oben. Zurarbeitende Angestellte mit entsprechend verkürztem Gehalt erhalten einen entsprechenden Zuschuß.

Es herrscht ferner Uebereinstimmung, daß am Dienstag der nächsten Woche Verhandlungen über eine weitere Konto-Zahlung,

VSPD.-Stadt- und Bezirksverordnete Magistrats- und Bezirksamtsmitglieder

Freitag, den 5. Oktober, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung, Rathaus, Eing. Königlstr.:

Konferenz

Tagesordnung:

Ansere Stellung zu den städtischen Wirtschaftsunternehmungen. Referent: Stadto. Reuter.

Die Mitglieder des Bezirksvorstandes sind hierzu eingeladen. Bezirkssekretariat.

die am Freitag der nächsten Woche geleistet werden soll, stattfinden. Auch für den Rest des Monats Oktober soll nach Möglichkeit eine regelmäßige jeden Freitag zu leistende Konto-Zahlung vereinbart werden. AM-Metall-Kartell: Günther, Kasper, Kötke.

Abkürzung der Wartezeit in der Erwerbslosenfürsorge.

Auf Grund des § 9 Abs. 1, Satz 4 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge ordnet, dem Amtlichen Preussischen Presseamt zufolge, der Reichsminister mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers in einem Erlass an, daß bis auf weiteres die Wartezeit für Empfänger von Erwerbslosenunterstützung allgemein bis auf drei Tage abgekürzt wird.

Dem Schiedsgericht in der Holzindustrie, der in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlicht ist, haben die Arbeitgeber zugestimmt. Damit beträgt der tarifliche Stundenlohn für die vorige Woche 17 088 240 M. Für diese Woche finden heute Verhandlungen statt.

Die Löhne in den Metallbetrieben werden für die Zeit vom 17. bis 23. September in Klasse 1 um 9,9, in Klasse 2 um 9,55, in Klasse 3 um 9,25 Millionen erhöht, so daß die Tariflöhne in Klasse 1 15, in Klasse 2 14, in Klasse 3 14 Millionen betragen. Die Abforderspreise werden um 194 Proz. erhöht. Für die Zeit vom 24. bis 30. September werden die Löhne in allen Klassen um weitere 7 Millionen erhöht, so daß die Tariflöhne in Klasse 1 22, in Klasse 2 21, in Klasse 3 21 Millionen betragen. Die Abforderspreise werden um 64 Proz. erhöht.

Im Lithographier- und Steinbrudergewerbe treten ab 20. September wieder die zentralen Lohnabkommen in Kraft. Das Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums fällt am 2. Oktober einen Schiedsspruch, welcher in der Woche vom 29. September bis 5. Oktober in der Spitze einen Lohn von 1,500 Millionen plus 2% Proz. für die 48. Stunde festsetzt. Der tarifliche Spitzenlohn beträgt demnach 1,533 Millionen.

Im Chemigraphie-, Licht-, Ties- und Kupferdruckgewerbe wurden lokal in freier Vereinbarung folgende Löhne festgelegt: Für die Woche vom 29. September bis 5. Oktober: Gehälter in 1. Jahre 1,050 Millionen, vom 2. Gehaltsjahre bis 21. Jahre 1,200 Millionen, vom 21. bis 24. Jahre 1,350 Millionen, über 24 Jahre 1,500 Millionen. Das Gehalt der Lehrlinge wird um 100 Proz. erhöht. Der Verbandsbeitrag incl. aller Zuschläge

beträgt für die Woche vom 22. September bis 2. Oktober 35 Millionen.

Löhne in der Hüttenbranche. Laut Vereinbarung gelten für die Zeit vom 22. bis 28. September die nachstehenden Lohnsätze: Kreislöhnschneider 17 550 000 M., Rostenmacher 17 549 940 M., Hüttenarbeiter über 22 Jahre 16 672 500 M., von 20 bis 22 Jahren 14 917 500 M., von 18 bis 20 Jahren 12 285 000 M., von 16 bis 18 Jahren und Weibliche 11 795 000 M. Kutscher und Chauffeure erhalten als Wochenlohn 766 935 000 M. Die Abfordersätze betragen 93 045 180 Proz.

Im Textilgroßhandel fällt der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 2. Oktober für die Gruppen Textilgroßhandel, Samt- und Seidengroßhandel, Baumwoll-, Leinen- und Kleiderstoffgroßhandel folgenden Schiedsspruch: Die Angestellten erhalten für den Monat September 22,2 Augustgehälter. Der Geldentwertung Rechnung tragend, hat die Restzahlung bis spätestens Sonnabend zu erfolgen. Für jeden Tag, an dem später ausgezahlt wird, kommt ein weiteres Augustgehalt hinzu. Den Parteien wird aufgegeben, sofort in Verhandlungen über die erste Wochenzahlung für den Oktober einzutreten. Die Erklärungsfrist für den Schiedsspruch läuft bis zum 4. Oktober.

Für die Angestellten in der chemischen Industrie kam nach mehr-tägigen Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissionar am 1. Oktober eine Vereinbarung zustande, nach der als Septembergehalt das 400fache Zulagegehalt (Zulagegehalt plus 310 Proz.) gelten soll.

Den Angestellten des Eisen- und Stahlgroßhandels (Dr. Engel-Gruppe) ist nach Vereinbarung des Zentralverbandes der Angestellten mit dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband, Fachgruppe Eisen und Stahl, für den Monat September das 19fache Augustgehalt zu zahlen. Die noch zu zahlenden Differenzbeträge sind, soweit technisch möglich, schnellstens zur Auszahlung zu bringen.

Ein Streik der Elektrizitätsarbeiter in Jaborje ist aus Differenzen über die Höhe der gestern zu zahlenden Zuschüsse entstanden. Der größte Teil Westoberschlesiens wird von Jaborje aus mit Licht und Kraft versorgt, so daß durch den Streik verschiedene Werke lahmgelegt werden.

Im tschechischen Bergarbeiterstreik sind die Verhandlungen vollständig ins Stocken geraten. Die Grubenbesitzer scheinen die Absicht zu haben, die Bergarbeiterfonds vollständig aufzubrechen zu lassen, um die Bedingungen ohne Mitwirkung der Regierung diktieren zu können. Die Wirkung auf den Verkehr im Inlande und die industrielle Produktion ist bisher nicht fahbar. Absolute Verluste haben nur die Kohlenindustrie, die Kohlenarbeiter, zahlreiche andere Industrien und die Arbeiterschaft. Die Verluste betragen im ganzen rund 10 Millionen tschechische Kronen. Der Streik dauert bereits sechs Wochen. Die Möglichkeit zu Verhandlungen ist noch geringer geworden als bis vor kurzer Zeit.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Mitglieder des erweiterten Verbands. Zweck Information über den Ausgange der Lohnverhandlungen bitten wir die unter dem Reichsminister-treue stehenden Bezirks- und Gewerkschaften, zu einer Sitzung am 22. September, mittags 5 Uhr im Bureau, Ringstr. 22, zu erscheinen. — Die Ortsver-einigung.

Mitgliederversammlung. Infolge der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am Donnerstag gegen die Funktionäre am Donnerstag abends um 7 Uhr im Reichsberger Hof.

Verband der Tischler- und Tapetenarbeiter. Mittwoch nachmittags 5 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24-26, Versammlung aller weiblichen Mitglieder. Die wirtschaftliche und politische Lage und die Stellung der Frau in den Gewerkschaften. Referent: Karl Wolfstein, W. d. L. Hölzliche Erläuterung aller weiblichen Mitglieder erwartet die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Steinbruder u. v. H. Morgen, Donnerstag, im Graphischen Vereinshaus, Ringstr. 44. Vertretungsmittelsversammlung der Steinbruder und Lithographen. — Der Ortsverband.

Deutscher Bergarbeiterverband. Entlassene Bergarbeiter, Mitglieder des Deutschen Bergarbeiterverbandes! Morgen, Donnerstag, nachmittags 3 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Mitgliedsbuch ist vorzulegen. — Die Ortsver-einigung.

Verband der Sattler, Kopierer und Verleger. Sitzung, Kopiererei Freitag, den 5. Oktober, Vertretungsmittels von 6-7 Uhr im Büro.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Fritz Gatzmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revue: Dr. John Schimanski; Politik und Geschichte: Erik Kaasch; Auswärtige: Th. Gause; Journalistik in Berlin: Berling; Hornstr.-Berling G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt-Buchdruckerei und Verlagshaus Carl Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage.

Theater, Lichtspiele usw.
 Theater im Schauspielhaus
 Täglich 7 1/2 Uhr
Drucker und Grüber
 Deutsch-Opernhaus
 7 Uhr: Aida
 Kun. Leitung: Louisenthal
 Leo Diech
 Große Volksoper
 im Theat. d. Westens
 7 1/2 Uhr: In der Zimmerei
 Intimes Theater
 8 Uhr: Abendbesuch
 Die k. u. k. Rose etc.
 Metropol-Theater
 7 1/2 Uhr: Casino-Girls
 Neues Theater a. Zoo
 Schloss Vorstell.
 Sonnabend, 6. Okt.:
 7 1/2 Uhr: Die Luxusfrau
 Thalia-Theater
 7 1/2 Uhr: Mimikry
 Wallner-Theater
 8 Uhr: Causa Kaiser

Volksbühne
 7 1/2 Uhr: Und das Licht scheint in der Finsternis
Casino-Theater
 8 Uhr: Die 8 U.
 neuen Reichen
Charlie
 Lustspielhaus
 Gastsp. Die Truppe
 8: Kaufm. v. Veandels
ELITE
 U. a.
 Der Haus-schlüssel

Theater l. u.
 Königgrätz, Straße
Der Clown Gottes
Nomadenhaus
 8 Uhr:
 Mein Vetter Eduard

Lessing-Th.
 Allabendlich 7 1/2
 Der Unbescholtene
 (Max Paalenberg)
Jent. Künstler-Th.
 Allabendl. 7 1/2
 Fürst v. Pappentheim
 (Max Adalbert)

Rose-Theater
 7 1/2 U. Ein Mann
 aus dem Volke
WINTERSPIEL
 Varieté-Programm
 Rauchen gestattet!

Lernt von Italien
Der Faschismus in Italien
 von
Giulio Aquila
 2 vermehrte Auflagen / 112 S.
 Grandprix Mk. 1.20
 Verlag Carl Heyn Nachf. Hamburg

Marken-Zigaretten
 Garbay, Halpaus,
 Constantia, Karmir,
 Avramikos, Muratt, ebt ab unt. Tagespr.
Arno Gebner,
 Großhandlg.,
 Werftstr. 21, Teleph.: Moabit 2114

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Achtung! Silberjubiläum Achtung!
 Große, Mittwoch, den 3. Oktober,
 abends 6 Uhr, im Verbands-haus
 (Stümpgenstr.), Lindenstraße 21/22:
Branchenversammlung
 Donnerstag, den 4. Oktober, abends
 6 Uhr, im Klubsaal, Hafenstraße
Branchenversammlung
 der Rohrleger, Heizer und Bau-
 klempner.
 Die Vertreterliste legen eine
 halbe Stunde früher in demselben Lokal.
Achtung! Weichmetallindustrie
 Donnerstag, den 4. Oktober, nach-
 mittags 4 Uhr, im Lokal von Giesing,
 Wolfersstraße 68:
Versammlung
 Mitgliederbuch legitimiert.
 4375 Die Ortsverwaltung.

Apollo-Theater
 Direktion: James Klein.
 Wiedereröffnung nach vollstän-
 digem Ausbau und Renovation:
Heute Premiere
 Die große Revue:
Europa spricht davon!
 Über 150 Mitwirkende! 6 Ballette.
 Unter anderen: Senta Söneland,
 Richard Senius, Hugo Flink usw.
 Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen.

Komische Oper Direktion: James Klein
 Die führende Revuebühne Deutschlands
Premiere 9. Oktober, 7 Uhr.
 Die größte Revue des Kontinents:
Die Welt ohne Schleier
 Keine Bühne Europas bietet auch nur an-
 nähernd so Gewaltiges an Ausstattungs-
 pracht und Namen prominenter Darsteller
 des In- und Auslandes wie diese neue
 Revue der Komischen Oper.
 Aus den 32 Bildern sind
 besonders hervorzuheben
Das Kristall-Ballett aus echten Kristallen.
Das indische Bad. Der lebende Kronleuchter.
Die schwarze Spitzendekoration.
Die lebende Tapete.
Der Vorhang der Ueberraschungen.
 Gastspiel Madge Lessing, die bekannte Soubrette der Londoner
 Revuebühnen sowie Mr. Douglas, der einzig existierende akro-
 batische Step-Dancer der New Yorker Revuebühnen.
 Die prominentesten Darsteller dieser Revue sind:
 Else Berna | Bruno Kastner
 Rosa Felsegg | Arnold Rieck
 Madge Lessing | Paul Westermeier
 Else Reval | Anton Herrfeld
 Liese Tiersch | Siegfried Berisch
 Batho, Alfred Kühne, Rogg, Verdler, Ludwig Ziegler usw.
 Vorverkauf ab 10 Uhr ununterbrochen
 an der Theaterkasse.

3 Ausnahme-Tage!
 Nur soweit Vorrat reicht!!
 Entzück. weiche Flauchmäntel 590, 785, 916, 1085 Millionen
 Modell-Eskimomäntel . . . 992, 1317, 1922, 2390 „
 Retaw-Strickjacken 260, 679, Kammg.-Kostüme 2350 „
Heutiger Einkaufspreis weit über das Doppelte!!
 Elegante Pelzmäntel, Pelzjacken aus Seal-Electric,
 Slinks, Zickel und Fohlen, Plüschmäntel, Biberette,
 Mohär-, Astrachan- und Krimmermäntel
nur noch soweit Vorrat enorm billig!
Westmann
 1. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin MO, Gr. Frankfurter Str. 115

Ausbau der Volksspeisung.

Vorjogender Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise und die Zunahme der Not erfordern besondere Maßnahmen für die Volksernährung. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung brachte die sozialdemokratische Fraktion gestern einen Dringlichkeitsantrag ein, der auf die Notwendigkeit eines Ausbaues der Volksspeisungsmöglichkeiten hinweist und Staat und Reich zur Hergabe der nötigen Mittel aufruft. Genosse Paltuch betonte in seiner Begründung, daß bei dieser Fürsorge die sozialen Gesichtspunkte mehr zur Geltung kommen müssen. Der Antrag wurde angenommen.

In der gestrigen außerordentlichen Sitzung kam zunächst folgender von unseren Genossen eingebrachter

Dringlichkeitsantrag

zur Verlesung:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, unverzüglich mit der preussischen Regierung wegen eines weiteren Ausbaues der Volksspeisung in Verbindung zu treten und die Deckungslosigkeit durch Pressenachrichten aufzufordern, mehr für die Sammlung für städtische Volksspeisung zu tun. Folgende Gesichtspunkte sind bei der Preisfestsetzung und der unentgeltlichen Abgabe der Volksspeisung zu beachten:

1. Der Preis für eine Portion darf nur die Kosten der Lebensmittel und Herichtungsmaterialien enthalten. Eine Einrechnung der Beamten- und Arbeiterlöhne hat zu unterbleiben.
2. Der Preis derjenigen Personen, welche zur unentgeltlichen Abnahme berechtigt sind, ist möglichst zu erweitern und kinderreiche Familien besonders zu berücksichtigen.
3. Sozial- und Kleinrentner ist unbedingt Freispelung der nicht erwerbstätigen unter 16 Jahre alten Kinder zu gewähren.
4. Erwerbslosen ist für Kinderportionen höchstens der halbe Preis zu berechnen; bei mehr als zwei nicht erwerbstätigen unter 16 Jahre alten Kindern ist unentgeltliche Speisung der Kinder zu gewähren.
5. Die Ausgabestellen der Volksspeisung sind jede Woche zweidienlich bekannt zu geben.

Widerspruch gegen die Beratung erhob sich nicht, doch wurde von Seiten der Deutschen Volkspartei gewünscht, die Erörterung erst in einem späteren Stadium der Sitzung vorzunehmen. Ein Jurist von kommunistischer Seite kommentierte diesen Wunsch dahin: „Was die neue preussische Regierung gebildet ist.“

Die Deputationen für Anschaffung und Bekleidung und für Arbeit und Gewerbe hat der Magistrat schon vor den Ferien aufzulösen vorgeschlagen. Der Auflösung der ersten stimmte die Versammlung zu; die Beschlusfassung über die Auflösung der Deputation für Arbeit und Gewerbe wurde vertagt.

Die Vorlage wegen

Auflösung der einheimischen Bezirksschuldeputation

und des einheimischen Bezirksschulenausschusses für Alt-Berlin (Bezirke I-IV) ging an einen Ausschuss; das Schreiben des Oberpräsidenten von Berlin über die vorläufige Richtgenehmigung des Haushaltsplans für 1923 wurde dem Geschäftsvorbereitungsausschuss zur Stellungnahme übermitten.

Die Vorläufe des Ausschusses, der die Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten, Deutschnationalen usw. wegen Beseitigung der Raumnot in den Schulen beraten hat, fanden im allgemeinen die ungeteilte Zustimmung der Versammlung; nur betreffs der Veranschlagung in der Bremer Straße und der Schule in der Antonienstraße ist nochmals im Ausschuss verhandelt worden.

Die Berliner (früher Neutollner) Stadtbauverwaltung ist am 15. Februar d. J. aus dem Besitz der Stadt in Privatbesitz übergegangen. Der Magistrat hatte am 9. April der Versammlung lediglich den Verkauf zur Kenntnis gebracht. Demals vertrat die Versammlung diese Mitteilung einem Ausschuss, der seinerseits am 25. Juni beschloß, der Versammlung die einfache Kenntnisnahme zu empfehlen, nachdem der Magistratsvorleiter erklärt hat, daß künftige Veränderungen von Anteilen rein städtischer Gesellschaften nur auf Grund von Beschlüssen der Gemeindebehörden erfolgen werden. Hierüber berichtete namens des Ausschusses Genosse Hermann Kunze. Sehr scharf ging der Tischlermeister Pälz (Dnat. Sp.) mit diesem angeblich „gemeinnützigen“ städtischen Unternehmen ins Gericht; dem Magistrat warf er vor, ein Objekt „veramstelt“ zu haben, dessen Materialien allein (es war auf 1000 Arbeiter berechnet) zwei Milliarden wert gewesen wären.

Das Verbrechen der Elise Geitler.

7) Novelle von Hermann Kesser.

Eine leichte Röte floß Gertrud vom zierlichen Hals bis zur Stirne, als sie das Bild betrachtete, doch hielt sie sich still und gab es nur mit einem leisen bewundernden „Ach“ an den Bruder weiter, der mit der Anerkennung für solche Schönheit nicht fargen wollte.

Dem Schauspieler aber erging es wie einem Schützen, der mit Stolz bemerkt, daß er mit einem scheinbar unbrauchbaren Gewehr ohne Absicht ins Schwarze getroffen hat. Doch vorsichtig wie er war, schlug er jetzt, wie um den Eindruck wegzuschaffen, daß er sich mit etwa dergleichen Dingen in Achtung setzen wolle, eine andere Saite an und ließ die Photographie mit der Wandung, daß ihm das alles nicht viel bedeute, fast achlos verschwinden. „Was ich will, das ist, daß mich meine arme und alte Mutter, mit der ich meine Groschen teile, noch einmal oben sieht, und darum will ich die großen Rollen spielen, die großen Rollen, die man mir heute nicht gibt, weil sie unsere alten Kennzeichen nicht aus den Händen lassen, aus Reid, aus Eifersucht und aus Angst, daß ein jüngerer Kerl gefällt!“

Damit erhob sich die Gesellschaft, und Gertrud, die danach verlangte, ihre glühende Verwirrung ins Dunkle zu tragen, machte den Vorschlag, sich in dem nachstrichlichen Garten zu ergehen, was allen gefiel. Sie gingen hinaus, und Behrens, dem die Gespinntheit auch unter den silberrandigen Wolken und dem glühenden Nachthimmel nicht fehlte, geriet in Entzücken über die blühenden Blumen, über das Klingeln des Wassers und über den Duft der schlafenden Bäume und meinte, daß ihn der Schattenriß der weissen Hügel und des einsam ragenden Kirchturms an das Bühnenbild zu heldischen Szenen gemahne, wo alles groß und schwarz und wie von Finsternis satt sein müsse.

Sie standen zu Dreien auf dem hölzernen Steg und spähten in die gurgelnde Schlucht hinunter, in der das Wasser in nachtschwarzen Tiefen raunte und sang. Ein düsterer, feuchter Odem wälzte zu ihnen herauf. Der Schauspieler aber kam aufs Neue in Begeisterung und wünschte sich Fackeln, um in die Volksschlucht, wie er sie nannte, hineinzuhellen. „Nichts

Schöneres, als flammendes Licht in der Nacht!“ sehte er eisend hinzu.

Gertrud aber ging, um zwei alte süßerne Leuchter zu holen, die manches Jahr mit ihren unverbrauchten, gelben Kerzen in guter Ruhe auf dem Glöschrank gestanden und zum letzten Male angezündet waren, als im verfinsterten Zimmer der tote Oberst im Sarge lag. „Wir stellen sie auf den Tisch in der Laube“, erklärte sie hastig Effen, die sprachlos zusah, wie das Mädchen die blinkenden Leuchter an sich nahm, die Kerzen aufzulegen ließ und mit den stadernden Lichtern unter die Türe trat.

Der Schauspieler klatschte vor Freude über den prächtigen Anblick so laut in die Hände, daß das Echo am Hügel den Värm weiblich vernehmbar in die Nacht hinausstrug. Das Bild der Kerzen aber fiel jetzt auf die Blätter der Laube, so daß sie in seltsamer Helle schillerten und wie farbiges Metall in der übrigen Schattigkeit funkelten.

Keines von den drei Menschen, die nun immer enger zusammenrückten und auch den Wein im Glase, das der Schauspieler bald zu einem verbindlichen und bald zu einem kühneren Trinkspruch erhob, nicht allzusehr schonten, keines von diesen drei Menschen, die sich immer mehr lösten und öffnerten, hätte am nächsten Morgen zu sagen vermocht, wie sie zu der Szene kamen, mit der der Abend zu Ende ging und bei der sich Spiel und Wirklichkeit mischten und in zweien von ihnen ein Feuer zu glimmen begann, das auch in des Tages Besonnenheit nicht mehr verlösch.

Otto, der Bruder, der kaum mehr tat, als daß er inmitten von Arbeitszeiten einmal in Fröhlichkeit schäumte und darum jedem Genosse war, der es wollte. Theo Behrens der Schauspieler, der nur ein Fest seiner Eitelkeit zu feiern vermeinte, und Gertrud, die zwanzigjährige Gertrud, die eine bittere und verärgerte Stunde vergessen wollte, lehten sich Kränze von Blumen, von Gertrud gebunden, aufs Haar, tranken, sangen und sprachen sich heiß, bis es dem Schauspieler einfiel, Gedichte zu deklamieren, ein Tischbuch wie einen dramatischen Mantel um sich in Falten zu legen und mit großen Bewegungen die Worte tragischer Helden aufzusagen. Und weil es keinen Liebermut gibt, der nicht so lange wächst, bis er an einem Unheil zerbricht, kloß Gertrud nach einer Weile über die Treppe auf ihre Balkon, dem Schauspieler aber gab

schulpflichtige Kind derselben Familie zu den Schülermonatskarten Redentarten zum halben Fahrpreis ausgegeben; zur Erlangung dieser Redentarten ist bei den Fahrkartenausgaben eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde vorzulegen, die über die Familienverhältnisse Aufschluß gibt. Diese Schüler-Monatskarten, die vor der Verreichlichung der Bahnen in einigen Ländern bestanden, belasten die Fahrkartenausgaben zwar mit der oft schwierigen Nachprüfung der Verwandtschaftsverhältnisse, der Reichsverkehrsminister hielt jedoch ihre Einführung aus sozialen und kulturellen Gründen für notwendig.

Gegen die Häuserverwahrlosung.

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat folgenden Antrag eingereicht:

Bei Festsetzung der Oktobermiete ist für die laufenden Instandsetzungsarbeiten das 2400 000fache der Grundmiete bestimmt worden. Es ist keine Gewähr gegeben, daß dieser Betrag auch für laufende Instandsetzungsarbeiten verwendet wird. Die Versammlung ersucht den Magistrat, Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, um den Verfall der Häuser und Wohnungen zu verhüten und Zwangsmassnahmen gegen diejenigen Hausbesitzer und deren Beauftragte zu ergreifen, welche diese Beträge nicht reiflos diesem Zwecke zuführen.

Die Kohle geht mit dem Dollar.

Wieder neue Preise.

Das Kohlenamt teilt mit: Nach dem amtlichen Dollarkurs vom 2. Oktober stellen sich die Britetts- und Kohlenpreise ab 3. Oktober wie folgt: Röhren- und Ofenbrand ab Lager: Britetts je Zentner 142 630 000 M., frei Kessel 148 630 000 M., Gastots 368 880 000 M., frei Kessel 373 880 000 M., fuhrweise Lieferung, Britetts je Zentner ab Lager 142 630 000 M., frei Kessel 147 630 000 M., Gastots ab Lager 368 880 000 M., frei Kessel 372 880 000 M. Ab 3. Oktober werden zur Belieferung Abschnitt 7 der 5-Zentner-Kohlenart und Abschnitte 6 und 7 der 10-Zentner- (zehn-) bis 70-Zentner (siebenzig-) Zentner-Kohlenarten mit doppelter Menge freigegeben.

Die neue Kohlenpreiserhöhung ist eine Folge davon, daß der Kohlenbergbau keine Preise in Gold stellt und demgemäß die Abnehmer zwingt, ebenfalls Goldpreise zu nehmen. Nach der letzten Preisfestsetzung ragen die deutschen Kohlenpreise über die Weltmarktpreise hinaus. Wir erleben jetzt, daß die Verbraucher, die ja keine Goldlöhne oder Goldgehälter erhalten, einfach außerstande sind, die für den Winter notwendige Kohle zu beschaffen. Kommunale Tarife, wie die für Gas, Elektrizität und Wasser werden sich in kurzer Frist auf die neuen Kohlenpreise einstellen müssen und es wird nicht ausbleiben, daß auch die Eisenbahntarife wieder erhöht werden müssen, deren Veränderung ja immer den Lieferanten aller Waren ein Wortand zu neuen Preissteigerungen gewesen ist. Eine Teuerungswelle von unerhörter Heftigkeit steht also bevor. Sie ist im wesentlichen herbeigeführt nicht nur durch die Preisgebarung der Industrie, sondern auch durch die Verschlechterung der Mark, die wiederum zu einem wesentlichen Teil verursacht ist durch die politische Krisenmacherei der Rechtsradikalen. Die Arbeiterklasse muß verlangen, daß endlich einmal mit einer Sanierung der Währung und mit einer scharfen Nachprüfung der Kohlenpreise in den Gruben gegen die Lieberstimmung der Preisfabriken vorgegangen wird. Was nützt die Bekämpfung des Buchers beim Händler, wenn die Ausbeutung durch die Großproduzenten anhält und wenn die geringsten von der Spekulation herbeigeführten Schwankungen des Dollarkurses sich in einer gemäßigten Verteuerung des dringendsten Lebensbedarfs auswirken können?

Zuckerpreis abermals erhöht.

Wir berichteten gestern, daß der Zucker im Kleinhandel das Pfund auf 18 660 000 M. zu stehen kommt. Dieser Preis gilt nur bis Mittwoch. Einem Beschluß des Zuckerbeirats zufolge erhöht sich der Grundpreis automatisch mit der Geldentwertung. Der Reichsernährungsminister hat diesem Beschluß des Zuckerbeirats zugestimmt. Danach wird der Grundpreis ab Donnerstag 2 856 000 000 M. pro 100 Kilogramm Basis Weichs-Ragdeberg betragen. Der hieraus errechnete Großhandelspreis wird 4 836 000 000 M. betragen. Im Kleinhandel wird das Pfund sich auf 28 975 000 M. stellen. Diese Zahlen sind zwar heute noch nicht feststehend, der Grundpreis bedarf noch der Zustimmung des Ernährungsministers, der Großhandelspreis alsdann der Zustimmung des Oberpräsidenten.

Der neue Vorkredit beträgt vom 1. Oktober ab 86 Millionen Mark.

„Geschwister-Monatskarten“ für Schüler.

Die Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise belastet besonders stark kinderreiche Familien, die ihre Söhne und Töchter mit der Eisenbahn zur Schule schicken müssen; um diese Härte zu mildern, werden auf Anordnung des Reichsverkehrsministers Defer vom 1. Oktober d. J. ab an das zweite und jedes weitere

Das Verbrechen der Elise Geitler. (Fortsetzung folgt.)

